

23. Parlamentarischer Untersuchungsausschuss
(30. - nicht öffentliche - Sitzung am 17. August 2017)

Beratungsthema:

Besprechung des weiteren Verfahrens, ggf. Beschluss über den Abschluss der Beweisaufnahme

Der Untersuchungsausschuss erklärte die Teile der Akten, die die Landesregierung als vertraulich bezeichnet hatte, für vertraulich im Sinne der Geschäftsordnung.

Er kam überein, die Beweisaufnahme abzuschließen, insbesondere keine Zeuginnen und Zeugen mehr zu vernehmen und auf die Vorlage weiterer Akten zu verzichten.

Der Untersuchungsausschuss bat den Ermittlungsbeauftragten um einen schriftlichen Bericht über die 26. Tranche der Akten.

Seinen in der 1. Sitzung gefassten Beschluss, einen Islamwissenschaftler anzuhören, hob der Untersuchungsausschuss auf.

Der Ausschuss vereinbarte, in einer Sitzung am 6. September 2017 über den Abschlussbericht zu beraten und zu beschließen. Die übrigen bislang festgelegten Sitzungstermine wurden gestrichen.